

DAS THEMA

Der Jugendhilfeverein „Fähre“ e.V. Sonneberg kann dank eines Fördermittelbescheides über 4000 Euro aus Lottomitteln ein dringend benötigtes Fahrzeug anschaffen und so seine Arbeit zukünftig flexibler gestalten.

Während eines Wahlkreistages im Juni hatte MdL Knut Korschewsky (DIE LINKE) dem Jugendhilfeverein „Fähre“ e.V. in Sonneberg einen Besuch abgestattet. Gut acht Wochen später war er erneut vor Ort, um den Mitarbeitern Manuela Scharfenberg und Volker Kiesewetter ein konkretes Ergebnis des letzten Gesprächs zu präsentieren.

„Ich freue mich sehr, dass es so schnell geklappt hat mit einer finanziellen Unterstützung für euch. Beim letzten Mal habt ihr anklagen lassen, dass es für eure Arbeit wichtig wäre, ein geräumigeres Fahrzeug zu haben als den vorhandenen PKW, der nur begrenzte Möglichkeiten bietet. Deshalb habe ich mich für euer Anliegen beim Wirtschaftsministerium eingesetzt“, begründete Korschewsky den neuerlichen Besuch innerhalb der kurzen Zeit.

Volker Kiesewetter ging nochmals auf die umfangreiche Arbeit des JHV mit straffällig gewordenen und von Straffälligkeit bedrohten Jugendlichen ein. Aktuell biete man mit der Fahrradwerkstatt und „Sonneberg liest“ zwei ganzjährig einsetzbare Angebote zum Ableisten von gemeinnütziger Freizeitarbeit direkt beim Jugendhilfeverein an.

Sobald ein geeignetes Fahrzeug gefunden sei, könne man verstärkt durch mobile Einsätze im gesamten Kreisgebiet tätig werden. „Aktuell ist es schwierig, mit dem PKW die beteiligten Personen plus Arbeitsgeräte von A nach B zu bringen. Das gehört dank der Unterstützung durch Knut Kor-

Unterstützung für Jugendhilfeverein

Sonneberger „Fähre“ kann jetzt auf die Suche nach einem Transportfahrzeug gehen

schewsky bald der Vergangenheit an“, freute sich Kiesewetter und ergänzte: „Wenn es z.B. Handwerker oder Unternehmen aus der Region gibt, die ein gebrauchtes und verkehrssicheres Fahrzeug zum Kauf anbieten können, möchten sie sich doch bitte mit dem

Ambulanten Maßnahmen“ nach dem Jugendgerichtsgesetz an. In Kurzfassung heißt das, wenn ein junger Mensch im Alter von mindestens 14 und höchstens 20 Jahren eine Straftat begeht, kann das Gericht neben Geld- oder Haftstrafen ganz besondere Maß-

den täglichen Kontakt zwischen Begleiter und Klienten nicht selten die eigentlichen Probleme zur Sprache kommen, die letztlich zur Straffälligkeit führten. Lösungen konnten damit zielgerichteter angeboten werden. Außerdem waren die Einsatzstellen über die verlässlich geleistete Arbeit froh. Probleme mit Pünktlichkeit oder der Arbeitsmoral gab es kaum. Ein wichtiger Schritt zum Wiederaufleben des „Begleiteten Arbeitens“ ist die Anschaffung des Transporters. In einem weiteren Schritt würde es darum gehen, geeignetes Personal für die Aufgabe des Begleiters finanzieren zu können. Erste Ideen wurden auch hierzu erörtert.

Die Mitarbeiter des Vereins sind vom Erfolg der Maßnahme überzeugt. „Damals entwickelten sich 80 Prozent der Klienten besser, als ohne Begleiter. Das waren deutliche Ergebnisse, die wir gerne wieder anstreben möchten“, meint Kiesewetter. Die dadurch möglichen Hilfestellungen äußerten sich z.B. in der Aufnahme von Gesprächen zur Suchtberatung oder in der Wiederaufnahme einer Schul- oder Berufsausbildung. Die vielen Tausend Stunden Freizeitarbeit, die schon alleine im Landkreis Sonneberg aufgrund von Strafverfahren anfallen, könnten so viel sinnvoller und effektiver für Klienten und Einsatzstellen verwendet werden.

Weitere Informationen zum Verein unter www.jhvf.de, Kontaktaufnahme per Mail: sonneberg@jhvf.de, telefonisch unter 03675-809880 oder persönlich in der Gleisdammstraße 3 in Sonneberg.

Text und Foto:
Silke U. Winkler



Die Mitarbeiterin des des Sonneberger „Fähre“-Vereins Manuela Scharfenberg präsentiert den Fördermittelbescheid über 4000 Euro und freut sich mit dem LINKEN Landtagsabgeordneten Knut Korschewsky, der in Sonneberg seinen Wahlkreis hat, über die umgehende Unterstützung für die wichtige Arbeit des Jugendhilfevereins.

Jugendhilfeverein in Verbindung setzen. Das Fahrzeug sollte im optimalen Fall ein geschlossener Transporter mit Platz für fünf bis sechs Personen sein und zusätzlich Raum für Arbeitsgeräte wie Rasenmäher, Schubkarre und verschiedene Werkzeuge bieten. Mit dem Eigenanteil von 1000 Euro, den der JHV zu leisten hat, ergibt sich ein maximaler Kaufpreis von 5000 Euro. Für interessierte Autohäuser oder Werkstätten hätten wir unseren alten, aber gut erhaltenen Golf 3 in Zahlung zu geben.“

Der Jugendhilfeverein bietet seit nunmehr 16 Jahren für den Landkreis Sonneberg die sogenannten „Neuen

nahmen ergreifen. Die häufigste Maßnahme ist die Auflage oder Weisung, gemeinnützige Freizeitarbeit zu leisten.

Erfolgreiches „Begleitendes Arbeiten“ wieder aufnehmen

Von 2007 bis 2009 lief hierzu beim Verein ein sehr erfolgreiches Projekt unter dem Namen „Begleitendes Arbeiten“. Die jungen Menschen hatten die Aufgabe, als Gruppe und in Begleitung einer verantwortlichen Person die gemeinnützige Freizeitarbeit bei den verschiedensten Einsatzstellen im Landkreis zu erledigen. Der Erfolg dieser Maßnahme bestand darin, dass durch

„Wirtschaftswachstumswahnsinn“

„Der Begriff des „Vordenkers“ ist nicht unumstritten, ebenso wie der des „Visionärs“. Bei dem deutsch-amerikanischen Philosophen und Anthropologen Frithjof Bergmann passen beide – in einem ganz positiven Sinne. Bergmann befasst sich schon seit Jahren wissenschaftlich und praktisch – als Wirtschafts- und Sozialforscher, Berater und Manager – mit der Zukunft der Arbeit. Seine Kritik gilt dem gefährlichen „Wirtschaftswachstumswahnsinn“, gegen diese destruktive Ideologie hat er als eine zutiefst emanzipatorische Alternative die „Neue Arbeit“ entwickelt, die er weltweit in Form von Büchern, Vorträgen und Projekten verbreitet. Stefan Wogawa hat mit Frithjof Bergmann seit 2004 etliche Veranstaltungen in Thüringen organisiert, u.a. in der damaligen PDS-Landtagsfraktion, an der Fachhochschule Erfurt oder beim linken Unternehmerverband OWUS. Außerdem hat er seit 2005 mit ihm eine Serie von Interviews geführt, die jetzt erstmals komplett als Buch vorliegt. Bergmanns Fazit aus einem

Interview vom Februar 2012: „Dieses Jobsystem ist am Zusammenbrechen und die Arbeit muss neu gedacht und



neues Arbeitssystem zu entwickeln.“ (ar)

Stefan Wogawa: Alternativen zum „Wirtschaftswachstumswahnsinn“. Interviews mit einem Visionär: Frithjof Bergmann, Vordenker der „Neuen Arbeit“, 84 Seiten, 7,90 Euro, ISBN: 978-3-9814241-4-0

neu organisiert werden. Das bedeutet, dass wir nicht eine Krise haben, sondern – auch wenn wir noch versuchen, dem auszuweichen – den Zusammenbruch des alten Arbeitssystems und die Notwendigkeit, ein

Investitionsstau immer dramatischer

„Durch immer weniger Investitionen wird der Investitionsstau in den Thüringer Kommunen immer höher und es droht der teilweise Zusammenbruch der kommunalen Infrastruktur“, so die Einschätzung des kommunalpolitischen Sprechers der LINKEN im Thüringer Landtag, Frank Kuschel.

Er verweist auf die aktuellen Zahlen des Thüringer Landesamtes für Statistik, wonach die Thüringer Kommunen im 1. Halbjahr 2012 nur noch knapp 200 Millionen Euro investierten. Der tatsächliche Investitionsbedarf liegt nach Schätzungen der LINKEN, basierend auf Untersuchungen des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU), fast viermal so hoch. Rund zwei Drittel der kommunalen Straßen sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Trotz der Zusatzinvestitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes II besteht an jedem zweiten Schulgebäude Sanierungsbedarf. Bei vielen kommunale Einrichtungen und Gebäuden, die nach 1990 saniert wurden, sind Ersatzinvestitionen unvermeidlich.

„In dieser Situation ist die Einschätzung der Thüringer Landesregierung, wonach in den Kommunen nur noch ein geringer Investitionsbedarf besteht und deshalb Landeszuweisungen gekürzt werden könnten, weltfremd und verantwortungslos“, kritisiert der Landtagsabgeordnete. 2013 will das Land die Landeszuweisungen auch wegen des angeblich geringeren Investitionsbedarfes kürzen.

„Die Landesregierung ist aufgefordert, bei der Finanzbedarfsermittlung für 2013 auch den Investitionsbedarf der Kommunen real zu berücksichtigen“, fordert Frank Kuschel. Eine Möglichkeit wäre es, wenn zumindest ein Teil der Steuermehreinnahmen bei den Kommunen verbleibt. Bisher beabsichtigt die Landesregierung, die für 2013 prognostizierten Steuermehreinnahmen der Thüringer Gemeinden in Höhe von 123 Millionen Euro vollständig mit den Landeszuweisungen zu verrechnen. „Eine Finanzpolitik, in deren Folge die Infrastruktur verfällt, ist kein Zukunftsmodell“, so Kuschel.